



Industrie

Aiwanger: "Hersteller für Arzneimittel müssen in Deutschland wieder bessere Standortbedingungen vorfinden"

13. Mai 2025

MÜNCHEN Zahlreiche große Pharmaunternehmen haben ihren Sitz in Bayern. Doch die eigentliche Produktion der Arzneimittel findet meist im Ausland statt – vielfach außerhalb der EU. Erst vergangene Woche wurde bekannt, dass der dänische Hersteller Xellia Pharmaceuticals seine Antibiotika-Produktion nach China verlagert.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger diskutierte gemeinsam mit dem Verband der forschenden Pharma-Unternehmen über die Folgen dieser Entwicklung und wie man dagegen angehen kann. "Deutschland verliert im Standortwettbewerb – das muss sich ändern. Die Abwanderungen der Arzneimittelproduktionen sind ein Alarmsignal. Die Fehler der vergangenen Jahre holen uns jetzt ein. Durch einseitige und vermutlich verfassungswidrige Sparmaßnahmen zulasten der Pharmaindustrie hat der frühere Gesundheitsminister die Innovationskraft der Pharmaindustrie und somit letztlich die Versorgung von Patienten mit Arzneimitteln massiv gefährdet. Wer der Industrie derart Steine in den Weg legt, darf sich über Abwanderung nicht wundern", so Aiwanger. "Wir brauchen wieder realistische Rahmenbedingungen – nicht zentralistisch von oben herab, sondern im engen Dialog mit der Branche. Ziel muss es sein, dass Medikamente wieder in Deutschland und Europa hergestellt werden, vor allem bei kritischen Wirkstoffen wie Antibiotika. Es kann nicht sein, dass wir hier immer stärker von China und Indien abhängig sind."

Die industrielle Gesundheitswirtschaft in Bayern beschäftigt rund 173.000 Personen. Mit einer Bruttowertschöpfung von 13 Milliarden Euro ist sie ein zentraler Pfeiler der deutschen Wirtschaft. "In Bayern setzen wir uns im Rahmen des bayerischen Pharmagipfels seit zehn Jahren für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pharmaindustrie ein. Mit der Highmed-Agenda stärken wir Digitalisierung, Infrastruktur und Fachkräftegewinnung. Aber auch der Bund muss umsteuern. Die Industrie braucht wieder echte Investitionsanreize – sonst geraten wir bei

Innovationen und Patenten international ins Hintertreffen. Die Neuregelung des EU-Unterlagenschutzes darf nicht dazu führen, dass uns andere Länder überholen", betont der Minister.

Die Branche kämpft nicht nur mit wachsenden regulatorischen Vorgaben, sondern auch mit steigender Unsicherheit im internationalen Handel. Im Jahr 2024 hat Bayern Arzneimittel im Wert von zwei Milliarden Euro in die USA exportiert. "Noch sind Medikamente nicht von den US-Zöllen betroffen. Das kann sich aber schnell ändern. Bei Zöllen von 35 Prozent rechnen Experten mit einem Einbruch der Exporte um mehr als 50 Prozent. Das wäre ein harter Schlag für unsere Wirtschaft. Wir müssen endlich wieder Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich Produktion in Deutschland lohnt. So können wir die Versorgung mit Arzneimittel auch in Zukunft sichern und stärken zusätzlich die heimische Wirtschaft", warnt Aiwanger. Vier Pharmaunternehmen haben nach der Drohung von Trump bereits gewaltige Investitionen in den USA angekündigt: Roche mit 50 Milliarden US-Dollar, Elli Lilly mit 27 Milliarden US-Dollar, Johnson & Johnson mit 55 Milliarden US-Dollar und Novartis würde 23 Milliarden US-Dollar investieren.

Ansprechpartnerin:

Dr. Aneta Ufert

Stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 183/25



Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger tauschte sich mit dem Landesbeauftragten und Vertreterinnen aus dem Verband der forschenden Pharma-Unternehmen (v.i.n.r.) aus: Manfred Heinzer, Geschäftsführer Amgen und Landesbeauftragter des Verbands, Yvonne Ziegler, Manager Public Affairs bei Novartis und Dr. Leonie Uhl, Lead Government Affairs bei Amgen. Fotos: StMWi